

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Bezirksvertretung 2 (Rodenkirchen)	22.01.2018

**Verkehrsführung während der Baumaßnahme der Nord-Süd-Bahn auf der Bonner Straße
hier. Anfrage der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Rodenkirchen am 23.01.2017, TOP 7.2.7**

Die CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Rodenkirchen bittet um die Beantwortung folgender Fragen:

Frage 1:

„Wie viele Bauabschnitte wird es auf der Bonner Straße für den Bau der Nord-Süd-Bahn geben und auf welchen Streckenabschnitten wird es wann zu geänderten Verkehrsführungen/Umleitungen kommen?“

Antwort der Verwaltung:

Während der städtischen Hauptbaumaßnahme der Straßen- und Gleisbauarbeiten wird es in mehreren Bauphasen über die gesamte Länge der Bonner Straße verteilt an vielen Stellen Bautätigkeiten geben.

Mit Beginn der Hauptbaumaßnahme werden die Umleitungsstrecken eingerichtet.

Innerhalb der Baufelder werden immer nach Baufortschritt und Erfordernis die Verkehrsführungen kurzfristig angepasst werden (siehe im Folgenden auch die Antworten zu Fragen 2 und 3).

Frage 2:

„Wie wird verhindert werden, dass es Ausweichverkehr in die angrenzenden Wohngebiete gibt? Wie werden die Baumaßnahmen der Nord-Süd Bahn mit anderen Baustellen (z. B. Dt. Welle) koordiniert, um zum einen die Beeinträchtigungen für Anwohner möglichst gering zu halten und zum anderen den Verkehrsfluss möglichst zu unterstützen?“

Antwort der Verwaltung:

Die Verwaltung hat ein externes Ingenieurbüro mit der Erstellung einer Verkehrsuntersuchung zu den Umleitungsverkehren während der Bauzeit auf der Bonner Straße beauftragt.

In dieser Verkehrsuntersuchung zu den Umleitungsverkehren wurden zwei Umleitungsstrecken für die Bauzeit identifiziert: die Rheinuferstraße und die Brühler Straße. Großräumigere Verkehrsverlage-

rungen konnten nicht festgestellt werden. Diese beiden Strecken werden für die geänderten Verkehrsmengen angepasst und fortlaufend optimiert werden, so dass Ausweichverkehre in die angrenzenden Wohnviertel nicht zu erwarten sind. Darüber hinaus ist deswegen schon vor dem Umbau der Bonner Straße das Verkehrsberuhigungskonzept Marienburg realisiert worden. Auch hier werden Erkenntnisse kurzfristig in die Konzeption eingearbeitet.

Diese Optimierung wird hauptsächlich über signaltechnische Anpassungen erfolgen. In einzelnen Fällen wird es vor Beginn der Hauptbaumaßnahme auch zu baulichen Ertüchtigungen von Kreuzungen kommen.

Im Übrigen wird auch während der Bauzeit das Verkehrsgeschehen beobachtet, damit bei Bedarf jederzeit weitere Anpassungen und Optimierungen vorgenommen werden können.

Die Verwaltung steht in Kontakt mit allen ihr bekannten privaten Bauherren, die ein aktuelles Bauvorhaben auf oder an der Bonner Straße verfolgen, um Bauabläufe aufeinander abzustimmen und auf keiner Seite Verzögerungen zu verursachen.

Frage 3:

„Wann und wie wird die Bezirksvertretung Rodenkirchen an den Planungen zur geänderten Verkehrsführung beteiligt, die durch die Baumaßnahmen auf der Bonner Straße im Zuge des Baus der Nord-Süd Bahn erforderlich werden?“

Antwort der Verwaltung:

Die im Oktober 2017 stattgefundenen Baumfällungen und die sich nun anschließenden Gebäudeniederlegungen zählen zur sogenannten Baufeldfreimachung.

Darauf folgend werden zunächst

- die notwendigen Leitungsverlegungen (z. B. Trinkwassertransportleitung, Gasleitung, Wasserleitung, Fernwärme) durch die RheinEnergie AG
- sowie der Neubau eines Stauraumkanals zum Überflutungsschutz im Einzugsgebiet von Marienburg durch die Stadtentwässerungsbetriebe

erfolgen.

Für diese sogenannten vorlaufenden Arbeiten entwerfen die Maßnahmenträger eigene Verkehrskonzepte, die dem städtischen Baustellenmanagement zur Genehmigung vorgelegt werden. Sie werden der Öffentlichkeit rechtzeitig vor Baubeginn vorgestellt.

Erst im Anschluss an diese Arbeiten findet in 2019 die städtische Baumaßnahme der Straßen- und Gleisbauarbeiten statt.

Die hierfür erarbeitete Verkehrsuntersuchung und das daraus entwickelte Konzept werden ebenfalls rechtzeitig vor dem zugehörigen Baubeginn den politischen Gremien und den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern vorgestellt.